

Initiativkreis

Ruhr[®]



STARKE INDUSTRIE BRAUCHT MODERNES UMFELD

Bestandsaufnahme zum Handlungspapier zu Mobilität,
Flächen und Quartieren im Ruhrgebiet

Essen, im Januar 2017

STARKE INDUSTRIE BRAUCHT MODERNES UMFELD

Angestoßen durch die Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zu einem „Ruhrplan“, hat der Initiativkreis Ruhr im November 2014 das Handlungspapier „Starke Industrie braucht modernes Umfeld“ vorgelegt. Mit seinen Forderungen nach Investitionen für die Region ist es auf große bundesweite Beachtung gestoßen. Aus dem darauf folgenden breiten und konstruktiven Austausch auf politischer Ebene ist die gemeinsame Ruhrgebietsinitiative des Bundeswirtschaftsministers, der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und des Initiativkreises Ruhr entstanden. Sie soll dem Wandel in der Region zusätzliche Impulse geben.

Zwei Jahre nach der Vorlage des Handlungspapiers lässt sich heute festhalten: Vieles ist in Bewegung gekommen. Doch nicht in allen Punkten zeichnen sich bereits die notwendigen Veränderungen ab. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung und Modernisierung des Ruhrgebiets noch einmal verschärft. So steht der Westen Deutschlands weiterhin vor großen Herausforderungen, etwa durch die Energiewende und durch noch einmal deutlich gestiegene finanzielle Belastungen der Kommunen bei den Sozialausgaben.

Das vorliegende Papier dient als Bestandsaufnahme entlang der drei im Handlungskonzept „Starke Industrie braucht modernes Umfeld“ formulierten Forderungen:

1. Wir brauchen Investitionen in moderne Mobilität,
2. Wir brauchen Investitionen in international leistungsfähige Logistik,
3. Wir brauchen Investitionen in attraktive Stadtviertel und Quartiere.

Nun kommt es auf einen schnellen und effizienten Einsatz der Mittel mit Priorität auf die wichtigsten Straßen und Brücken an.

1. Wir brauchen Investitionen in moderne Mobilität

Die Forderung nach moderner Mobilität umfasst gleichermaßen ein bedarfsgerechtes Netz an intakten Straßen und Brücken, den flächendeckenden Einsatz neuer Technologien zur Verkehrsoptimierung und ein modernes Breitbandnetz für die professionelle Datenmobilität.

Verkehrsinfrastruktur

Die gemeinsamen Anstrengungen aller Akteure haben sich gelohnt: Dem Bundesverkehrswegeplan 2030 zufolge soll Nordrhein-Westfalen von den Straßenbaumitteln im „Vordringlichen Bedarf“ (VB) und „VB-Engpassbeseitigung“ (VB-E) einschließlich laufender und festdisponierter Maßnahmen für Straßenmaßnahmen in NRW rund 13,8 Milliarden Euro erhalten. Der NRW-Anteil beträgt damit 20,3 Prozent aller VB-Maßnahmen des Bundes. Der Bundesverkehrswegeplan macht den Weg frei für Investitionen in Straßen, aber auch für Schienenprojekte sowie Schifffahrts- und Radschnellwege. Von den geplanten Investitionen soll das Ruhrgebiet mit seiner hoch beanspruchten Verkehrsinfrastruktur deutlich profitieren.

Landesverkehrsminister Michael Groschek hat den Bundesverkehrswegeplan als „das größte Verkehrsinfrastrukturprogramm, das NRW jemals erlebt hat“, bezeichnet. Aus Sicht des Initiativkreises kommt es nun auf einen schnellen und effizienten Einsatz der Mittel mit Priorität auf die wichtigsten Straßen und Brücken an, damit das von Minister Groschek angekündigte „Jahrzehnt der Baustellen“ nicht zu einem „Jahrzehnt der Staus“ wird.

In seinem Handlungskonzept spricht sich der Initiativkreis Ruhr für die Nutzung neuer Technologien und intelligenter Telematik zur Verkehrsoptimierung aus. Hier setzt das Projekt „Ruhrgebiet mobil“ an, das Minister Groschek vor der Vollversammlung des Initiativkreises vorgestellt hat. Kernelemente des Projekts „Ruhrgebiet mobil“ sind ein intelligentes Verkehrssteuerungs-System auf den parallel verlaufenden Autobahnen A 2, A 42 und A 40, im Bahnverkehr der Rhein-Ruhr-Express (RRX) sowie der Radschnellweg Ruhr (RS1). Der Initiativkreis begrüßt dieses Projekt.

Es besteht aber weiterhin struktureller Veränderungsbedarf im öffentlichen Nahverkehr. Vor allem im Bereich der Pendlerverkehre müssen die zersplitterten Angebote der kommunalen Verkehrsbetriebe und der regionalen Bahnangebote zu intelligent vernetzten Verkehrssystemen entwickelt werden.

Der Initiativkreis Ruhr unterstützt mit seinem Beitritt das Bündnis für Infrastruktur, das Verkehrsminister Groschek, Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Finanzminister Norbert Walter-Borjans ins Leben gerufen haben. Ziel ist es, die gesellschaftliche Bedeutung von Infrastrukturmaßnahmen sichtbar zu machen und deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Dateninfrastruktur

Zum Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen hat Wirtschaftsminister Duin angekündigt, das Land bis zum Jahr 2026 flächendeckend mit Glasfasernetzen auszustatten. Im Zuge der „Gigabit-Strategie NRW“ soll im ersten Schritt die flächendeckende Versorgung mit 50 Megabit/Sekunde bis zum Jahr 2018 erreicht werden. Minister Duin nannte als Schwerpunkte in dieser ersten Stufe der Strategie, die Versorgungslücken im ländlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Schulen zu schließen sowie sämtliche Gewerbegebiete in diesem Zeitraum ans Glasfasernetz zu bringen. Mittelfristig solle dann die Breitbandversorgung in NRW in einem zweiten Schritt bis 2026 flächendeckend über Glasfasernetze gewährleistet werden.

Der Initiativkreis Ruhr begrüßt, dass die Landesregierung die Erschließung des Landes durch moderne Breitbandnetze angeht. Er hält es aber für dringend geboten, zunächst die am dichtesten besiedelten Metropolregionen wie das Ruhrgebiet zu ertüchtigen, damit in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Menschen sowie Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Verwaltung von einem schnellen Internet profitieren. Die unmittelbare Orientierung am technisch Machbaren unter Verzicht auf limitierte Zwischenlösungen kann Zeit und auf lange Sicht auch Kosten sparen.

Die Ausstattung mit Glasfasernetzen und Übertragungsgeschwindigkeiten im Gigabit-Bereich sind Grundvoraussetzung für eine international konkurrenzfähige und zukunfts-gewandte Digitalisierung des Landes und eine erfolgreiche Entwicklung hin zu einer Industrie 4.0. Beim Breitbandausbau liegt Deutschland jedoch deutlich hinter anderen Staaten zurück. So verfügt zum Beispiel Chattanooga im US-Bundesstaat Tennessee bereits über Breitbandangebote von bis zu 10 Gigabit/Sekunde. Bundesminister Gabriel hat im März 2016 anlässlich der IT-Messe CeBIT die „Digitale Strategie 2025“ vorgelegt. Der Initiativkreis Ruhr stimmt mit ihm darüber ein, dass die erfolgreiche digitale Transformation unserer Volkswirtschaft „die Voraussetzung für den Erhalt und die Stärkung unserer Wettbe-

werbsfähigkeit“ ist. Neue Vertriebswege und Logistikprozesse, das Internet der Dinge, autonomes Fahren und Industrie 4.0 erfordern laut der „Digitalen Strategie 2025“ breitbandige Echtzeitkommunikation im Gigabit-Bereich. Es muss demnach rasch damit begonnen werden, ein breit verfügbares Glasfasernetz in Deutschland aufzubauen.

Als Metropolregion mit vielen starken Hochtechnologie-Unternehmen, einer großen Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie eng gewobener Infrastruktur ist das Ruhrgebiet in besonderer Weise auf ein hochleistungs- und zukunftsfähiges Internet angewiesen. Beim Aufbau eines Gigabitnetzes muss die Anbindung von Unternehmen auf der „letzten Meile“ vorrangig betrieben werden.

Der Initiativkreis Ruhr bietet seine Unterstützung an, das Ruhrgebiet zu einer Glasfaser-Pilotregion zu machen.

2. Wir brauchen Investitionen in international leistungsfähige Logistik

Das Ruhrgebiet ist eine der bedeutendsten Logistik-Drehscheiben in Europa. Die Logistikbranche ist ein herausragender Wachstumstreiber und Arbeitsplatz-Motor. Doch dieses wirtschaftliche Wachstum wird nach wie vor gebremst durch einen Mangel an kurzfristig zur Verfügung stehenden Flächen mit planungsrechtlicher Industriegebietsausweisung. Dieses Hemmnis gilt es schnellstmöglich zu beseitigen. Ehemals industriell genutzte Flächen müssen für eine Revitalisierung gegenüber Arealen „auf der grünen Wiese“ konkurrenzfähig gemacht werden. Dazu müssen Anreize geschaffen werden. Ein mit ausreichenden Mitteln ausgestatteter Flächenfinanzfonds könnte dazu beitragen, die Finanzierung zur Erschließung und Entwicklung von brachliegenden Industrieflächen zu sichern.

Ziel muss die ausreichende Bereitstellung von Flächen in geeigneter Qualität und Quantität für die Ansiedlung zukunftsfähiger Betriebe sein. Eine nachhaltige Reduzierung des Freiflächenverbrauchs kann nur gelingen, wenn das Recycling von Brachen Vorrang vor der Ansiedlung „auf der grünen Wiese“ erhält. Der Markt steuert eine sinnvolle Flächeninanspruchnahme nicht. Dazu kann eine zeitgemäße Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen beitragen.

Der Initiativkreis Ruhr fordert deshalb, bei der Reaktivierung von industriell vorge nutzten Flächen zukünftig keine oder zumindest verringerte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (ökologische Kompensation) anzuwenden. Für die Entwicklung ehemaliger Industriestandorte ist die weitere Anerkennung von Vorbelastungen – insbesondere von Abstandsregeln – für neue Bauleitplanverfahren wünschenswert. Hier entsteht ein erheblicher Verlust von potenziellen Gewerbeflächen. Die Grunderwerbsteuer für Grundstücke, die industriell vorge nutzt und revitalisiert in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden, sollte entfallen.

3. Wir brauchen Investitionen in attraktive Stadtviertel und Quartiere

In seinem Handlungspapier hat der Initiativkreis Ruhr ein klares Angebot unterbreitet: die Erfahrungen, Erkenntnisse und Ergebnisse seines erfolgreichen Leitprojektes InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop weiteren Städten und Kommunen im Zuge eines partnerschaftlichen Prozesses zur Verfügung zu stellen. Der Initiativkreis hat Wort gehalten. Er rollt das Stadtumbau-Projekt nach dem Bottroper Vorbild auf 20 weitere Quartiere im Ruhrgebiet aus.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat im Mai 2016 die 20 Gewinner-Quartiere bekanntgegeben: In Castrop-Rauxel, Dorsten, Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck (zwei Quartiere), Hamm (zwei Quartiere), Herne, Herten, Lünen, Moers, Mülheim an der Ruhr (zwei Quartiere), Oberhausen, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen, Waltrop, Wesel und Witten werden integrierte Konzepte für einzelne Quartiere erstellt. Das Land NRW fördert das Vorhaben aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Die Konzepterstellung für die ersten neuen InnovationCities hat bereits begonnen.

Eine nachhaltige Erneuerung der Region benötigt auch Lösungsangebote in Bezug auf den demografischen Wandel, die Bewältigung der Zuwanderung und Integration. Im Projekt „Glückauf Nachbarn – Modellquartier Integration“ entwickeln Experten und interdisziplinäre Planungsteams Lösungsansätze für moderne Integrationsviertel. Ziel ist es, Konzepte und konkrete Modellvorschläge zu erarbeiten, wie die soziale und kulturelle Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen städtebaulich gefördert und gelebt werden kann.

An diesem Projekt wirkt neben RAG Montan Immobilien das in Gelsenkirchen ansässige Wohnungsunternehmen VIVAWEST mit, dessen Wurzeln in der Bereitstellung von Bergarbeiterwohnungen liegen. Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, begleitet das Projekt als Schirmherr.

Fazit: Das Ruhrgebiet kann Pilotregion für Gesamtdeutschland werden

Das Ruhrgebiet ist eine starke Region im Herzen Europas. Seine Leistungen als industrielles Kraftzentrum sind unbestritten. Nach dem Mauerfall haben die alten Bundesländer die neuen Länder massiv mit ihrem Solidarbeitrag unterstützt. Andere Regionen sind in dieser Zeit aus dem Blickfeld geraten, insbesondere das Ruhrgebiet. Die Bedürfnisse der westdeutschen Regionen müssen nun wieder stärker in den Fokus rücken. Ein gesamtdeutsches Fördersystem für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 darf sich nicht allein nach dem Kompass richten. Es muss sich am Bedarf der Regionen orientieren.

Dies beinhaltet auch, die zum Teil hoch verschuldeten Kommunen vor allem im Ruhrgebiet finanziell wieder handlungsfähig zu machen. Manche Kommune in der Region muss Kredite aufnehmen, um den Solidaritätspakt zum Aufbau Ost bedienen zu können. Zudem steigen die kommunalen Sozialausgaben seit Jahren kräftig, hauptsächlich bedingt durch den Zuwachs bundesgesetzlich vorgegebener Sozialleistungen. Hier muss das Konnexitätsprinzip („wer bestellt, zahlt“) konsequent angewandt werden, um den Städten und Gemeinden den finanziellen Handlungsspielraum zu verschaffen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nennt als eine Säule der gemeinsamen Ruhrgebietsinitiative die Unterstützung der Investitionstätigkeit der Kommunen durch den Bund. Die zweite Säule bestehe aus konkreten Projekten des Bundes für Infrastruktur, Energie und Innovationen. Die dritte Säule bilden demnach die Empfehlungen des im Auftrag des Ministeriums erstellten Gutachtens zu den „Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik“.

Der Initiativkreis Ruhr begrüßt die in der Ruhrgebietsinitiative angestoßene Diskussion über die Zukunft der Regionalpolitik hin zu einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen. Die Zusammenarbeit in der Ruhrgebietsinitiative hat sich bewährt. Für deren partnerschaftliche Fortführung steht der Initiativkreis weiterhin zur Verfügung.

Das Ruhrgebiet braucht dringend Investitionen. Im Handlungsfeld der Investitionen in eine moderne Mobilität sind mit dem Bundesverkehrswegeplan nun wesentliche Weichen gestellt. Bei der Datenmobilität muss die Strategie des Landes mit Blick auf die besonderen Bedürfnisse der Metropolregion Ruhrgebiet aber geschärft werden. Der Initiativkreis Ruhr bietet seine Unterstützung dabei an, das Ruhrgebiet zu einer Glasfaser-Pilotregion in Deutschland zu machen. Im Handlungsfeld der Investitionen in attraktive Stadtviertel und Quartiere rollt der Initiativkreis Ruhr sein Leitprojekt InnovationCity Ruhr in die Region aus.

Handlungsbedarf besteht weiterhin auf dem Feld der Investitionen für die Revitalisierung von logistiknahen Industrieflächen. Es gilt, kurzfristig Anreize für die Aktivierung einst industriell genutzter Brachen zu schaffen.

Wir brauchen Investitionen in international leistungsfähige Standorte (siehe ergänzende Erläuterungen).

Das Ruhrgebiet und seine Menschen haben vielfach bewiesen, dass sie die Herausforderungen des Wandels meistern können. Eine Weiterentwicklung der gemeinsamen Ruhrgebietsinitiative bietet nun die Chance, das industrielle Kraftpaket im Westen Deutschlands erneut zum Vorreiter zu machen: Das Ruhrgebiet kann Pilotregion für ein neues Förder-system in Gesamtdeutschland werden, das sich am individuellen Bedarf und nicht an der Kompassnadel ausrichtet. So kann es als Vorbild für andere Regionen dienen.

Der Initiativkreis Ruhr bietet seine weitere konstruktive und partnerschaftliche Mitarbeit an, um dieses Ziel zu erreichen.

ERLÄUTERUNGEN

Hintergrundinformationen zur Revitalisierung brachliegender Industrieflächen

MODERNE FLÄCHEN BRAUCHEN MANAGEMENT

Der Initiativkreis Ruhr fordert nach wie vor ein zentrales Flächenmanagement im Ruhrgebiet. Das Vermeiden von Über- und Minderangeboten hilft, den interkommunalen Konkurrenzdruck zu mindern und so Steuereinnahmen und Arbeitsplätze zu mehren. Gewerbe-, Industrie und Logistikflächen können zielgenau zur Nachfragesituation bereitgestellt werden. Das kommunale Gemeinschaftsprojekt „Gewerbliches Flächenmanagement Phase IV“ (GFM IV), das aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wird, ist hier ein richtiger Ansatz.

Der Initiativkreis Ruhr begrüßt die Entscheidung zur Förderung und den Abbau bisheriger Entwicklungshemmnisse. 370 Hektar vorgenzutzter Flächen wurden bisher identifiziert und können mit gezielter Förderung entwickelt werden. Damit ist ein leistungsfähiges Analyse- und Moderationsinstrument geschaffen worden. Der Initiativkreis bietet an, am Prozess von GFM IV mitzuwirken.

Der Initiativkreis Ruhr fordert deshalb:

1. Bei der Reaktivierung von industriell vorgeutzten Flächen sind zukünftig keine oder nur verringerte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (ökologische Kompensation) anzuwenden.
2. Für die Entwicklung ehemaliger Industriestandorte ist die weitere Anerkennung von Vorbelastungen – insbesondere von Abstandsregeln – für neue Bauleitplanverfahren wünschenswert. Hier entsteht ein erheblicher Verlust von potenziellen Gewerbeflächen.
3. Die Grunderwerbsteuer für Grundstücke, die industriell vorgeutzt und revitalisiert in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden, sollte entfallen.

MODERNE FLÄCHEN BRAUCHEN VERNETZUNG

Die Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung sind der Lackmустest für eine nachhaltige und zukunftsweisende Industriepolitik in NRW. Die regionale Digitalisierung für eine Industrie- und Arbeitswelt 4.0 erfordert dringend eine entsprechende Ausstattung der Entwicklungsstandorte. Bisher galt der Fokus für den Breitbandausbau eher für den ländlichen Raum – der Initiativkreis Ruhr fordert eine verstärkte Investitionsbereitschaft in Ballungsräumen sowie den Entwicklungsflächen des Ruhrgebiets.

Alle Standorte im Ruhrgebiet sollten über einen zukunftsfähigen Breitbandanschluss verfügen. Land und Bund sollten Private dort unterstützen, wo ein Delta zur Marktgängigkeit auszugleichen ist und ihre Beratungsleistungen flächendeckend zur Verfügung stellen. Nur so ist sichergestellt, dass tatsächlich Gerechtigkeit bei den Entwicklungschancen herrscht.

Der Initiativkreis Ruhr fordert:

1. die Veränderung bestehender Förderrestriktionen. Der sogenannte Primäreffekt steht in seiner heutigen Anwendung einer steigenden Revitalisierungsquote von Brachflächen entgegen und zeigt sich als Entwicklungshemmnis. Weite Teile des Handwerks sind damit ausgeschlossen.
2. Eine Einbeziehung der Kaufpreise in den Fördergegenstand.
3. Zur Verfügung stehende Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werden aufgrund des zu erbringenden Eigenanteils von den Kommunen nicht abgerufen. Das Land könnte diesen Eigenanteil übernehmen.

MODERNE FLÄCHENPOLITIK IST MODERNE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Bisher eigenständig betrachtete Themen wie Gewerbe- und Industrieflächenentwicklung sowie -management, Logistik und Stadtentwicklung müssen fortan supplementär gedacht werden, eine integrierte Strukturpolitik ist zwingend notwendig.

Hieraus ergeben sich aktuelle Handlungsbedarfe und -felder:

1. regional abgestimmtes Gewerbe- und Industrieflächenmanagement,
2. aktive Innovationsförderung,
3. Brückenbau zwischen Wirtschaft und Wissenschaft,
4. übergreifende und präventive Verbindung von Bildung und Sozialem,
5. Qualifizierung und Leistungssteigerung der Infrastrukturen,
6. aktive Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements.

STARKE INDUSTRIE BRAUCHT MODERNE FLÄCHEN

Nachhaltiges wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln bedarf einer ständigen Erhaltung und Erneuerung optimaler Rahmenbedingungen. Dazu gehören ein ausreichendes Flächenangebot mit einer leistungsfähigen und zunehmend digitalisierten Infrastruktur wie auch moderne (Stadt-)Quartiere mit einem hohen Aufenthaltswert, die Arbeit, Leben, Wohnen, Bildung und Kultur auf Basis einer ganzheitlichen Betrachtung ausgewogen ermöglichen.

Hier liegt weiterhin der Schlüssel für eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Alles, was digital werden kann, wird in Zukunft digital werden. Aber eine wesentliche Ressource ist limitiert und nicht digital: Gewerbe- und Industrieflächen, die dem Markt in Quantität und Qualität zur Verfügung stehen müssen. Doch die Landesentwicklungsplanung setzt hier einen immer engeren Rahmen. Um den Drang industrieller Neuansiedlungen auf die „grüne Wiese“ zu stoppen, sind schlagkräftige Instrumente zur Moderation von Flächenentwicklungsprozessen und solche zur Beseitigung von Markthemmnissen nötig.

So kann es gelingen, neben Wohnen und Dienstleistung auch der Industrie in einem Ballungsraum eine gute Zukunft zu geben. Es gilt weiterhin, wohnortnahe Produktion im Ruhrgebiet zu ermöglichen und der städtebaulichen, ökologischen und ökonomischen Auseinanderentwicklung von Arbeit und Wohnen entgegenzuwirken. Die heimische Industrie verfügt über moderne Technologien, die zum Beispiel eine Produktion in kleinen Einheiten unter Einhaltung höchster Anforderungen an den Umweltschutz ermöglichen. Eine Verlagerung industrieller Standorte auf die „grüne Wiese“ oder sogar ins Ausland sollte deshalb nicht befördert werden.



Initiativkreis Ruhr GmbH
Alfred Herrhausen-Haus
Brunnenstraße 8
45128 Essen

Tel. 0201 89 66-60
Fax 0201 89 66-670
www.i-r.de
info@i-r.de